

## Methode: Planspiel Flüchtlingsgipfel

|   |  |
|---|--|
| <b>Thema</b>  | EU und Migration, Flucht und Asyl  |
| <b>Einbettung</b>   | Das Planspiel kann nach einem kurzen Input zum Thema Flucht und Migration mit den Teilnehmenden eines Workshops durchgeführt werden.   |
| <b>Art</b>  | Planspiel  |
| <b>Kurzbeschreibung</b>   | In dem Planspiel lernen die Teilnehmenden die Positionen verschiedener Akteure/-innen in der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik kennen.   |
| <b>Ansprechpartner/-in</b>  | Marie Bornickel, Vera Katzenberger   |
| <b>Altersgruppe</b>   | flexibel   |
| <b>Geeignete TN-Anzahl</b>  | Mindestens 20 Teilnehmende   |
| <b>Zeitbedarf</b>   | 2 – 3 Stunden  |
| <b>Lerninhalte und -ziele</b>                                       | Die Teilnehmenden eignen sich grundlegendes Wissen rund um das Thema Flucht und Migration an und lernen, über verschiedene Standpunkt zu diskutieren.  |
| <b>Material, ggf. Kopiervorlagen (Arbeitsblatt, Schaubild o.ä.)</b> | Flipchart<br>Rollenkarten<br>Zusatzkarten<br>Gruppenschilder<br>Informationen für einen Materialtisch<br>Poster für EU-Vertrag   |
| <b>Ablaufbeschreibung</b>   | <p>Die Gruppe wird von den Teamenden in sieben Kleingruppen eingeteilt. Für das Planspiel werden folgende Rollen benötigt: Frontex, Amnesty International, Afrikanische Allianz, Deutschland, Mittelmeerstaaten, Osteuropäisches Staatenbündnis, EU-Vertretung.</p> <p>Phase 1: Die Teamenden erklären den Teilnehmenden den Ablauf des Planspiels. Der Ablauf kann auf einem Flipchart schriftlich festgehalten werden, sodass sich die Teilnehmenden daran orientieren können. Die Teamenden teilen die Teilnehmenden in Kleingruppen ein und verteilen die Materialien. Die Teilnehmenden haben nun mindestens 30 Minuten Zeit, sich in die Rollenkarten und Zusatzkarten einzuarbeiten und Informationen für ihre Position zu suchen. Die Aufgabe jeder Gruppe ist es zunächst, innerhalb jeder Kleingruppe ein rund 3-minütiges Plädoyer für die Konferenz vorzubereiten, das ihre Meinung und Argumente für diese Meinung erklärt. Während der Einarbeitungsphase teilt die Kleingruppe „EU-Vertretung“ die Einladungen zur Konferenz an die anderen Gruppen aus.</p> <p>Phase 2: Nach der Einarbeitungsphase bitten die Teamenden, dass jede Kleingruppe eine Vertretung wählt, die das Plädoyer in der Konferenz hält. Die Teamenden bitten die Vertretungen an den Konferenztisch. Die anderen Teilnehmenden bilden einen Kreis um den Konferenztisch. Die Konferenz wird von der Gruppe „EU-Vertretung“ moderiert. In der Konferenz halten nun die Vertretungen ihr Plädoyer, während welchem sie nicht unterbrochen werden dürfen. Erst danach wird die</p> |

|   |   |
|---|---|
|   | <p>Diskussionsphase eingeleitet, in der Fragen gestellt werden. Auch die Teilnehmenden im Stuhlkreis um den Konferenztisch sind aufgerufen, Fragen zu stellen. Für diese Phase sollten mindestens 40 Minuten eingerechnet werden. Ein Materialtisch mit zusätzlichen Informationen zur Flüchtlingspolitik der EU kann in dieser Phase angeboten werden.</p> <p>Phase 3: Nach der Diskussion kehren die Teilnehmenden in ihre Kleingruppen zurück und reflektieren die Diskussion. Sie überarbeiten ihre Position und überlegen sich, wo Kompromisse mit anderen Kleingruppen gefunden werden können. Dazu können die Kleingruppen in dieser Phase auch in „bilaterale Verhandlungen“ mit anderen Kleingruppen eintreten, um zu bestimmten Themen einen Kompromiss zu erarbeiten. Für diese Phase sind in der Regel rund 20 Minuten ausreichend. Ziel ist es, dass jede Gruppe sich vorbereitet, wie in der Abschlussdiskussion am Konferenztisch ein Kompromiss gefunden werden kann, der in einem EU-Vertrag zur Flüchtlingspolitik festgehalten wird.</p> <p>Phase 4: Die Vertretungen der Kleingruppen kehren an den Konferenztisch zurück (Meistens ist es förderlich, in dieser Phase andere Vertretungspersonen als in der vorherigen Phase an den Konferenztisch zu bitten). In einer rund 20-minütigen Diskussion versuchen die Vertretungen nun, einen Kompromiss zu finden, der in einem EU-Vertrag festgehalten wird. Die Rolle „EU-Vertretung“ moderiert die Diskussion. Fragen aus dem Stuhlkreis rund um den Konferenztisch sind wieder zugelassen. Am Ende dieser Phase steht der Abschluss eines EU-Vertrages. Die Eckpunkte dieses Vertrages sollte durch die Gruppe „EU-Vertretung“ festgehalten werden. Abschließend stimmen alle Gruppen darüber ab, ob der Vertrag in Kraft treten kann.</p> |
| <p><b>Ggf. Variationsmöglichkeiten</b></p>                                  | <p>Ggf. kann die Gruppe „EU-Vertretung“ von den Teamenden übernommen werden.</p>  |
| <p><b>Ggf. Quellen, Lesetipps und weiterführende Internetressourcen</b></p> | <p>- Stand 12.01.2016</p> <p><b>Amnesty</b><br/>Selbstdarstellung / Ziele und Mittel der Organisation in Müller, Leo A. (1989): Betrifft: amnesty international. Beck´sche Reihe Bd. 374. München:Beck.<br/>Einschätzung zur Lage in Ungarn: Amnesty International (2016): Country report hungary. Abrufbar unter <a href="https://www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/hungary/">https://www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/hungary/</a> (Abgerufen am 16.03.2016)<br/>Bewertung der Arbeit von Frontex: Amnesty International (2015): 3 reasons why the Mediterranean death toll has dropped dramatically. Abrufbar unter <a href="https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2015/07/3-reasons-mediterranean-death-toll-dropped/">https://www.amnesty.org/en/latest/campaigns/2015/07/3-reasons-mediterranean-death-toll-dropped/</a> (abgerufen am 16.03.)</p> <p><b>Osteuropäische Staaten</b><br/>Einschätzung zur Lage in Ungarn: Amnesty International</p>   |

|                   |  |
|-------------------|--|
|                   | <p>(2016): Country report hungary. Abrufbar unter <a href="https://www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/hungary/">https://www.amnesty.org/en/countries/europe-and-central-asia/hungary/</a> (Abgerufen am 16.03.2016)</p> <p><b>Frontex</b><br/>Selbstdarstellung und Aufgaben auf der Website von Frontex (2015): Missions and tasks. Abrufbar unter <a href="http://frontex.europa.eu/about-frontex/mission-and-tasks/">http://frontex.europa.eu/about-frontex/mission-and-tasks/</a> (abgerufen am 16.03.2016)<br/>Kritik an Frontex und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Politik: Boer, Katrin de (2010) Frontex. Der falsche Adressat für ein wichtiges Anliegen. Weinheim: Juventa Verlag.<br/>Zur Entstehung und der rechtlichen Stellung von Frontex: Huke, Nicolai / Lüddemann, Dana / Wissel, Jens (2014): Frontex. Verlängerter Arm der Mitgliedsstaaten und Europäisierungsmotor der Grenzkontrollen. In: Kämpfe und Migrationspolitik. Bielefeld.<br/><u>Budgetplan von Frontex</u> (deckt sich nicht mit den fiktiven Daten in der Geheimakte): Government Documents Frontex abrufbar unter <a href="http://frontex.europa.eu/about-frontex/governance-documents/">http://frontex.europa.eu/about-frontex/governance-documents/</a> (Abgerufen am 16.03.2016) und auf Bundeszentrale für politische Bildung (2014): Frontex. Fragen und Antworten. Abrufbar unter <a href="http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdoassiers/179679/frontex-fragen-und-antworten">http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdoassiers/179679/frontex-fragen-und-antworten</a> (abgerufen am 16.03.2016)</p> |
| <b>Auswertung</b> | Bei der Auswertung können die Teamenden folgende Fragen stellen: Wie ist dein Gefühl, kennst du Dich gut mit dem Thema Flucht aus? Warum war es so schwer, einen Kompromiss mit anderen Gruppen auszuhandeln?  |
|                   |  |

## Rollenkarte: Amnesty International

Amnesty International agiert weltweit und setzt sich für die Wahrung der Menschenrechte ein. Durch Ihre medienwirksamen Aktionen konnten Sie schon öfter die Zivilbevölkerung mobilisieren. Nicht zuletzt fand Amnesty International so auch Gehör in den nationalen Regierungen.

Ihre Organisation ist eine internationale Nicht-Regierungs-Organisation (NGO/NRO). Sie nehmen an der Konferenz teil, um Ihre Kritik an der Politik der anderen Delegationen zu äußern. Nutzen Sie die Chance, eine politische Bühne mit viel Medienaufmerksamkeit für Ihre Kritik zu haben.

Amnesty International agiert international. Daher haben Sie gute Beziehungen zur Europäischen Union und auch zur Afrikanischen Allianz. Sie haben also eine Vermittlerrolle inne. Ihr kompetentes Fachwissen ziehen die jeweiligen Delegationen oftmals zu Rate. Es liegt also an Ihnen, dass die Verhandlungen der verschiedenen Seiten erfolgreich und effizient verlaufen. Ein Vertragsschluss zwischen der Europäischen Union und der Afrikanischen Allianz wäre auch in Ihrem Interesse, um die Situation der Geflüchteten zu verbessern.

Sie, als Menschenrechtsorganisation, kritisieren die aktuelle Flüchtlingspolitik der europäischen Staaten. Sie kritisieren vor allem die osteuropäischen Staaten, da diese keine Geflüchtete aufnehmen oder diese in Aufnahmelagern unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen unterbringen. Ihre letzten Rechercheergebnisse beschreiben die unmenschlichen Bedingungen, unter denen die Geflüchteten vor allem in Ungarn leiden müssen. So haben diese Menschen keine Chance auf ein faires Asylverfahren und ihnen droht die Rückkehr in ein Land, in dem sie Verfolgung und Bürgerkrieg erwarten. An dieser Stelle ist auch die Flüchtlingspolitik der EU zu bemängeln. Aus diesem Grund fordern Sie die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union auf, die Abschiebung von Asylsuchenden sofort zu stoppen. Außerdem muss die EU ihre Flüchtlingspolitik dringend überarbeiten.

In diesem Zusammenhang kritisieren Sie auch die europäische Grenzschutzorganisation Frontex. Frontex missachtet die Genfer Flüchtlingskonventionen und lässt somit eine menschenrechtsfreie Zone auf dem Meer entstehen. Der autonome Status der Organisation lässt befürchten, dass auch in Zukunft die Zahlen abgeschobener Geflüchteter verschleiert werden. Frontex wird in den Verhandlungen möglicherweise Abschiebung als einfache Lösung anbieten. Dem müssen Sie unbedingt entgegengehen.

Sie haben die Möglichkeit durch negative Pressemeldungen und Berichte die Länder zu Zugeständnissen zu bewegen. Sie können ebenfalls versuchen die Zivilbevölkerung zu mobilisieren und durch Aktionen Druck auf die Regierung auszuüben. Im Regelfall erreichen Sie aber bereits durch Androhung solcher Maßnahmen ein Einlenken seitens der Regierungen. Jedoch sollten Sie daran denken, dass Druckmittel nur im äußersten Notfall eingesetzt werden sollten.

## Rollenkarte: Frontex

Frontex ist die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen. Ihre Aufgabe ist es, die Grenzen der Mitgliedsstaaten zu schützen. In diesem Zusammenhang ist Ihre Organisation auch für die Abschiebung von Geflüchteten (nicht aufenthaltsberechtigte Ausländer/-innen) zuständig. Auf der einberufenen Konferenz haben Sie einen Beraterstatus inne. Sie können durch geschickte Verhandlungen mit einzelnen Staaten den Vertragsschluss in Ihrem Interesse beeinflussen.

In Ihrem Handeln sind Sie hochgradig unabhängig. Sie müssen also keiner Regierung Rechenschaft über Ihre Arbeit ablegen. Jedoch begrüßen es mögliche Verhandlungspartner/-innen Informationen über Ihre Arbeit zu erhalten. Sie unterliegen jedoch einer Schweigepflicht, sodass Sie zunächst bei Ihrer Organisation um die Freigabe möglicher Informationen bitten müssen.

Ihre Strategie setzt auf Kooperation zwischen Angestellten Ihrer Organisation und Schutzkräften der jeweiligen Einsatzgebiete, also dem Militär der jeweiligen Mitgliedsstaaten. Ferner bilden Sie Mitarbeiter/-innen aus verschiedenen EU-Staaten gemeinsam weiter. Auf diese Weise leisten Sie einen wichtigen Beitrag zum interkulturellen Dialog innerhalb der EU. Viele Mitgliedsstaaten begrüßen daher Ihr Engagement.

Momentan versucht Frontex sich als eigenständige Grenzschutzorganisation zu etablieren. Sie benötigen mehr Gelder für Waffen und Ausrüstung. Die EU kann mehr Mittel für Frontex zur Verfügung stellen, sodass Frontex bessere Arbeit beim Grenzschutz leisten kann. Hierzu müssen Sie jedoch mehrere Mitgliedsländer überzeugen. Sie können eine einfache und saubere Lösung anbieten: Abschiebung. Durch Ihre Arbeit hat die EU keine Probleme mit illegalen Einwanderern.

Seit einiger Zeit steht die Zivilbevölkerung Ihrer Arbeit kritisch gegenüber. Durch Berichte einiger Menschenrechtsorganisationen wurde bekannt, dass bei Ihren Einsätzen oftmals Flüchtlinge umgekommen sind. Der Druck auf Frontex wächst. Nun wurde die Menschenrechtsfrage auf Ihre Agenda gesetzt. Das bedeutet für Sie, mögliche negative Berichte unbedingt zurückzuhalten. Der Ruf Ihrer Behörde steht auf dem Spiel.

Zusatzkarte: Frontex

Sie haben kurz vor dem Flüchtlingsgipfel die unten stehende Geheimakte erhalten, in der bisher geheime Informationen über Ihre Missionen mit Geflüchteten enthalten sind. Die Geheimhaltung wurde kürzlich aufgehoben, Sie können die Geheimakte in der Konferenz nutzen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesem Schreiben teile ich Ihnen Informationen mit, die Sie in Ihren Verhandlungen nutzen dürfen. Bedenken Sie jedoch, dass jedes Detail vor allem von Menschenrechtsorganisationen gegen uns verwendet werden kann, sofern es in die falschen Hände gelangt. Behandeln Sie diese Informationen also verantwortungsvoll.

Einsatzgebiet: Mittelmeer, Atlantikküste

Zahl der Einsätze (aus dem letzten Jahr): etwa 25 Einsätze täglich

Todesfälle: 1.500 Menschen überlebten die Überfahrt nicht. Offiziell ist kein Geflüchteter auf Grund eines Frontex-Einsatzes gestorben.

Kosten: Die Kosten für die Missionen werden das Budget von Frontex übersteigen, wenn weiterhin so viele Geflüchtete nach Europa drängen.

Versuchen Sie, neue Gelder für Ihre Missionen zu erhalten.

Insiderinformationen besagen, dass Deutschland bereit ist, bis zu 150.000 Euro zusätzlich in Frontex zu investieren und die Mittelmeerstaaten bereit sind, 50.000 Euro mehr in Frontex zu investieren. Auch die osteuropäischen Staaten sind bereit, mehr Gelder an Frontex zu zahlen, damit sie selbst nicht mehr Geflüchtete aufnehmen müssen.

## Rollenkarte: Afrikanische Allianz

Sie vertreten die Afrikanische Allianz. Das sind die afrikanischen Staaten Marokko, Libyen, Ägypten, Tunesien, Sudan, Niger, Tschad, Somalia, Nigeria und einige andere Staaten. Viele dieser Staaten besitzen keine führungsfähigen Regierungen und werden von Rebellen unsicher gemacht.

Als Afrikanische Allianz fordern Sie die ärmeren Länder in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und versuchen so, die Armut als Fluchtursache zu bekämpfen. Viele Menschen in den Ländern der Afrikanischen Allianz leben unter der Armutsgrenze und müssen Hunger erleiden. Versuchen Sie, von den verschiedenen Staaten in Europa (z. B. Deutschland, den Mittelmeerstaaten, den osteuropäischen Staaten) mehr Gelder zu erhalten, um Armut zu bekämpfen. Wenn die Armut bekämpft wird, fliehen dann weniger Menschen nach Europa.

Dadurch, dass Sie als Afrikanische Allianz den Geflüchteten als „Brücke“ zu Europa dienen, fordern die Mittelmeerstaaten Sie auf, den Andrang der Geflüchteten zu stoppen. Dies gelingt Ihnen allerdings nur, wenn Sie finanzielle Unterstützung der Europäischen Union erhalten. Mit diesen Geldern können Sie Ihre Grenzen hin zu Europa besser schützen, sodass keine Geflüchteten mehr nach Europa gelangen.

Sie verfügen über sehr große Vorkommen an Rohstoffen, aus denen Energie erzeugt werden kann. Vor allem Deutschland hat starkes Interesse an diesen Rohstoffen. In Verhandlungen mit Deutschland könnte während der Konferenz ein Tausch ausgehandelt werden: Deutschland erhält Zugang zu den Energieressourcen, dafür erhöht Deutschland sein Engagement gegen Armut in Afrika und setzt sich mehr für Geflüchtete, die nach Europa kommen wollen, ein. Momentan fließt mehr als ein Drittel der bilateralen deutschen Entwicklungshilfe nach Afrika. Auch die Osteuropäischen Staaten könnten zukünftig mehr Gelder an Sie zahlen, sodass Sie die Fluchtursachen bekämpfen und die Flüchtlingswellen nach Europa verhindern.

Behalten Sie bei Ihren Verhandlungen stets den Willen Ihres Regenten im Blick. Sowohl in Marokko als auch in Tunesien kann eine unglücklich verlaufende Verhandlung negative Auswirkungen auf Ihre Diplomatenlaufbahn haben.

## Zusatzkarte: Afrikanische Allianz

Viele Geflüchtete verlassen die Länder, die in Ihrer Afrikanischen Allianz vertreten sind. Das hat für Sie als Afrikanische Allianz gravierende Folgen: Es fehlen Ihnen Arbeitskräfte für Ihren Arbeitsmarkt, die wirtschaftliche Entwicklung stockt und extreme Gruppierungen destabilisieren die Regierungen in der Region. Doch warum verlassen so viele Menschen die Länder der Afrikanischen Allianz? Sie haben eine Studie im Forschungsinstitut „Politik und Wissenschaft“ in Auftrag gegeben. Die unten stehenden Ergebnisse präsentieren Sie auf der Konferenz.

### *MALI*

Mali galt einmal als Musterland in Afrika, mit freien Wahlen und einer wachsenden Wirtschaft. Doch jetzt droht das Land zusammenzubrechen, 350.000 Menschen sind bereits vor den Islamisten im Norden geflohen.

### *SYRIEN*

Der Hauptgrund für die Flucht von Syrern/-innen nach Europa ist einer Umfrage zufolge die Gewalt seitens des syrischen Machthabers Bashar al-Assad. Bei einer Umfrage haben 92 Prozent der Befragten angegeben, vor bewaffneten Auseinandersetzungen geflohen zu sein. Die Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) ist ebenfalls ein Fluchtgrund.

### *NIGERIA*

Wegen der Terrorgruppe Boko Haram haben Millionen Nigerianer/-innen ihr Zuhause verloren. Nigeria hat mehr als 2,1 Millionen interne Geflüchtete. Im Niger schlagen die Vereinten Nationen Alarm: Allein im Gebiet um Diffa, im Südosten des Landes, leben etwa 340.000 Geflüchtete unter katastrophalen Bedingungen. Alle diese Menschen sind vor den Terrorangriffen von Boko Haram geflohen.

### *GAMBIA*

"Die lächelnde Küste Afrikas": So nennen die Einwohner Gambias ihre Heimat. Es gibt hier weder Kriege noch Seuchen. Dennoch verlassen Zehntausende das kleinste Land des Kontinents in Richtung Europa. Die Gründe dafür sind weit verbreitete Armut, hohe Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit einerseits, und andererseits falsche Erwartungen. Gambier/-innen, die es nach Spanien, Italien oder Deutschland geschafft haben, zeichnen ein einseitiges Bild vom Leben in Europa. Vor allem die regelmäßigen Geldzahlungen an die Familien in Afrika schüren die Sehnsüchte.



## Rollenkarte: Deutschland

Sie vertreten die Bundesrepublik Deutschland auf der von der Europäischen Union einberufenen Konferenz. Seit mehreren Jahren engagiert sich Ihre Regierung in Afrika. Das Hauptanliegen der Bundesrepublik Deutschland ist die soziale und wirtschaftliche Weiterentwicklung Afrikas. So soll Armut als Fluchtursache bekämpft werden. Ihr Engagement orientiert sich dabei an den Werten Freiheit, Frieden und Wahrung der Menschenrechte. Daher hat Deutschland sowohl in Afrika als auch in der Europäischen Union den Ruf, sich verstärkt für Menschenrechte einzusetzen. Diesen Ruf gilt es, auch gegen die Behauptung einiger Menschenrechtsorganisationen, zu wahren.

Von einer Stabilisierung Afrikas erhofft sie die Bundesrepublik Deutschland Sicherung der Energiebedürfnisse. Nordafrika verfügt über die entsprechenden Ressourcen. In Verhandlungen mit der Afrikanischen Allianz könnte ein Tausch ausgehandelt werden: Deutschland erhält Zugang zu den Energieressourcen, dafür erhöht Deutschland sein Engagement gegen Armut in Afrika und setzt sich mehr für Geflüchtete, die nach Europa kommen wollen, ein. Momentan fließt mehr als ein Drittel der deutschen Entwicklungshilfe nach Afrika.

Deutschland finanziert im Rahmen der Europäischen Union die Grenzschutzorganisation Frontex mit. Diese Organisation sendet illegale Geflüchtete bereits an den Europäischen Grenzen zurück in ihre Herkunftsländer. Somit müssen illegale Flüchtlinge nicht erst in einem EU-Land aufgenommen werden. Auch hier wurden Sie gebeten möglichst keine finanziellen Zugeständnisse zu machen. Gegebenenfalls ist Ihre Regierung allerdings bereit, den Beitrag um 150 000 Euro zu erhöhen. Die Erhöhung ist aber an die Bedingung geknüpft, dass alle EU-Mitgliedsstaaten mehr Gelder an Frontex zahlen.

Vor allem die Osteuropäischen Staaten haben bisher kaum Geflüchtete aufgenommen und planen auch, in Zukunft nicht mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Sie haben Angst davor, dass unter den Flüchtlingen viele Kriminelle oder Terroristen sind und dass die Flüchtlinge nur ins Land kommen, um Sozialhilfegelder zu beantragen. Sie empfinden es als ungerecht, dass sich die Osteuropäischen Staaten ihrer Verantwortung in der Flüchtlingskrise entziehen. Üben Sie Druck auf Polen aus, mehr Geflüchtete aufzunehmen oder alternativ mehr Gelder an die Afrikanische Allianz oder Frontex zu zahlen.

Das Parlament der Bundesrepublik Deutschland hat sich mehrheitlich gegen eine direkte Unterstützung einzelner Mittelmeerstaaten ausgesprochen. In Ihren Verhandlungen liegen die Prioritäten auf der Stabilisierung Afrikas und der Unterstützung von Frontex. Eine Verbesserung der Flüchtlingsgefängnisse in Spanien und Griechenland sehen Sie daher als nicht nötig an.

## Zusatzkarte: Deutschland

Viele Geflüchtete verlassen die Länder, an die Sie im Rahmen Ihrer Entwicklungshilfe viel Geld zahlen. Das hat gravierende Folgen für diese Länder: Es fehlen Ihnen Arbeitskräfte für Ihren Arbeitsmarkt, die wirtschaftliche Entwicklung stockt und extreme Gruppierungen destabilisieren die Regierungen in der Region. Weil Sie sich sehr stark für Afrika engagieren, hat die Gruppe „Afrikanische Allianz“ Ihnen die Ergebnisse einer Studie über die Fluchtursachen zur Verfügung gestellt. Nutzen Sie die Informationen in der Konferenz.

### *MALI*

Mali galt einmal als Musterland in Afrika, mit freien Wahlen und einer wachsenden Wirtschaft. Doch jetzt droht das Land zusammenzubrechen, 350.000 Menschen sind bereits vor den Islamisten im Norden geflohen.

### *SYRIEN*

Der Hauptgrund für die Flucht von Syrern/-innen nach Europa ist einer Umfrage zufolge die Gewalt seitens des syrischen Machthabers Bashar al-Assad. Bei einer Umfrage haben 92 Prozent der Befragten angegeben, vor bewaffneten Auseinandersetzungen geflohen zu sein. Die Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) ist ebenfalls ein Fluchtgrund.

### *NIGERIA*

Wegen der Terrorgruppe Boko Haram haben Millionen Nigerianer/-innen ihr Zuhause verloren. Nigeria hat mehr als 2,1 Millionen interne Geflüchtete. Im Niger schlagen die Vereinten Nationen Alarm: Allein im Gebiet um Diffa, im Südosten des Landes, leben etwa 340.000 Geflüchtete unter katastrophalen Bedingungen. Alle diese Menschen sind vor den Terrorangriffen von Boko Haram geflohen.

### *GAMBIA*

"Die lächelnde Küste Afrikas": So nennen die Einwohner Gambias ihre Heimat. Es gibt hier weder Kriege noch Seuchen. Dennoch verlassen Zehntausende das kleinste Land des Kontinents in Richtung Europa. Die Gründe dafür sind weit verbreitete Armut, hohe Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit einerseits, und andererseits falsche Erwartungen. Gambier/-innen, die es nach Spanien, Italien oder Deutschland geschafft haben, zeichnen ein einseitiges Bild vom Leben in Europa. Vor allem die regelmäßigen Geldzahlungen an die Familien in Afrika schüren die Sehnsüchte.

## Rollenkarte: Mittelmeerstaaten

Sie vertreten die Länder Spanien, Italien und Griechenland auf der Konferenz der EU. Im Vorfeld haben Sie sich bereits auf gemeinsame Positionen geeinigt und zu dieser Konferenz angeregt. Sie haben der EU zugesichert, als Bündnis der Mittelmeerstaaten, also mit einer Stimme, abzustimmen.

Ihre Staaten sind besonders von der Problematik der großen Zahl an Geflüchteten betroffen. Ihre geografische Lage am Mittelmeer macht sie zur Brücke zwischen Europa und dem afrikanischen Kontinent. So erreichen die Geflüchtete Ihre Länder zuerst. Auf Grund des Dublin-II-Abkommens, müssen die Geflüchtete in dem Land, in dem sie zuerst europäischen Boden betreten haben, einen Asylantrag stellen. Illegale Einwanderer müssen Sie als Einwanderland inhaftieren, bis deren Abschiebung veranlasst wird. Das verlangt viel Geld. Obwohl durch die EU ein Teil der Kosten gedeckt ist, können und wollen Sie die Kosten nicht mehr alleine tragen. Deshalb fordern Sie alle Mitgliedsstaaten auf, sie zu unterstützen. Bisher stießen Ihre Bitten jedoch auf Ablehnung. Die Europäische Union ist nicht zuletzt eine Solidaritätsgemeinschaft. Sie verstehen nicht, wie Länder wie Deutschland ihre Unterstützung verweigern. Auf der EU-Konferenz sollten sie auf dem offiziellen Weg mehr Gelder fordern.

Die Mittelmeerstaaten finanzieren im Rahmen der Europäischen Union die Grenzschutzorganisation Frontex mit. Diese Organisation sendet illegale Geflüchtete bereits an den Europäischen Grenzen zurück in ihre Herkunftsländer. Somit müssen illegale Geflüchtete nicht erst in einem EU-Land aufgenommen und inhaftiert werden. Sie sehen in Frontex eine Lösung für das Flüchtlingsproblem. Auf Grund der Wirtschaftskrise ist auch in den Mittelmeerstaaten das Geld knapp geworden. Deswegen müssen Sie Ihren Beitrag für die Grenzschutzbehörde Frontex um insgesamt 5 Millionen Euro kürzen. Sie sind allerdings dazu bereit, eine einmaligen Förderzuschuss an Frontex von 50.000 Euro zu zahlen, wenn vor allem Deutschland und die Osteuropäischen Staaten auch seine Fördergelder an Frontex erhöht.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat in der Vergangenheit des Öfteren den Zustand der Aufenthalts camps für Geflüchtete in Ihren Ländern beklagt. Stellen Sie sich also darauf ein, mit diesem Faktum konfrontiert zu werden. Amnesty International fordert zusätzlich eine bessere Betreuung der illegalen Einwanderer durch Anwälte/-innen.

Bisher haben vor allem die Osteuropäischen Staaten kaum Geflüchtete aufgenommen und planen auch, in Zukunft nicht mehr Geflüchtete aufzunehmen. Sie haben Angst davor, dass unter den Geflüchteten viele Kriminelle oder Terroristen/-innen sind und dass die Flüchtlinge nur ins Land kommen, um Sozialhilfegelder zu beantragen. Sie empfinden es als ungerecht, dass sich die Osteuropäischen Staaten ihrer Verantwortung in der Flüchtlingskrise entziehen. Üben Sie Druck auf Osteuropa aus, mehr Geflüchtete aufzunehmen oder alternativ mehr Gelder an die Afrikanische Allianz oder Frontex zu zahlen.

## Rollenkarte: Osteuropäische Staaten

Sie vertreten die osteuropäischen Staaten Polen, Tschechische Republik und Ungarn in der Konferenz zur Flüchtlingspolitik. Bisher haben Sie kaum Geflüchtete aufgenommen und planen auch, in Zukunft nicht mehr Geflüchtete aufzunehmen. Sie haben Angst davor, dass unter den Flüchtlingen viele Kriminelle oder Terroristen/-innen sind und dass die Geflüchteten nur ins Land kommen, um Sozialhilfegelder zu beantragen.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International kritisiert, dass sich die osteuropäischen Staaten nicht für Geflüchtete engagieren. Das ist eine direkte Kritik an Ihrer Politik! Mitarbeiter/-innen von Amnesty waren mehrfach in Ungarn und haben dort zahlreiche Menschenrechtsverletzungen an Geflüchteten und Migranten/-innen dokumentiert. Asylanträge werden in Schnellverfahren, die internationale Standards verletzen, abgelehnt und die Schutzsuchenden quasi automatisch in Länder abgeschoben, in denen sie Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind. Nutzen Sie die Konferenz, um vor allem der Menschenrechtsorganisation ihre Position und Meinung zu erklären.

Sie profitieren in sehr großem Maße von Fördergeldern der Europäischen Union, z. B. beim Bau von Autobahnen, neuen Schulen oder der Zahlung von Geldern für die Landwirtschaft. Die Europäische Union verlangt von Ihnen, mehr Geflüchtete aufzunehmen, da sonst Fördergelder gestrichen werden. Auch Deutschland und die Mittelmeerstaaten üben sehr starken Druck auf Sie auf, sich stärker in der Flüchtlingskrise zu engagieren. Sie empfinden das als Diktat und wehren sich dagegen.

Geflüchtete? Nicht bei Ihnen. Auf gar keinen Fall sind Sie bereit, von dieser Position abzuweichen. Sie sind allerdings bereit, an anderer Stelle Hilfe zu leisten, um keine Geflüchtete aufnehmen zu müssen. Sie vertreten Tschechien, Polen und Ungarn. Was bieten diese Länder an, um nicht mehr Flüchtlinge aufnehmen zu müssen?

Die tschechische Regierung will stattdessen lieber Geld spenden für die Verbesserung der Umstände in den überfüllten Camps für Geflüchtete außerhalb Europas im Irak, in Jordanien oder im Libanon. Allerdings bietet sie dafür sehr bescheidene Summen an.

Warschau hat lediglich einige Experten/-innen und Ausrüstung für die Grenzschutzmission Frontex im Mittelmeer geschickt. Sie sollen dort bei der Rettung von Geflüchteten helfen.

Ungarn tut nichts dergleichen. Das Land nimmt allerdings bislang unter den osteuropäischen Ländern am meisten Flüchtlinge auf. Das liegt allerdings weniger an der Großherzigkeit der Regierung, sondern an der geografischen Lage: Das Land liegt mitten auf der Route der Geflüchteten, auf der Geflüchtete aus Syrien über die Türkei und Bulgarien in die EU strömen. Im vergangenen Jahr stieg dadurch die Zahl der Asylanträge in Ungarn im Vergleich zum Vorjahr um mehr als das Doppelte.

Sie sind der Meinung, dass Ihre Länder die Belastungsgrenze erreicht haben und sich nicht noch mehr für Geflüchtete engagieren können. Sie fordern von Deutschland – eines der reichen Länder in der Europäischen Union – und von den Mittelmeerstaaten mehr Einsatz. Sie sind unter Umständen bereit, mehr Gelder an Frontex zu zahlen, wenn auch die anderen europäischen Staaten mehr Gelder an Frontex zahlen, um den Grenzschutz zu verbessern und den Andrang von Geflüchteten zu stoppen.

Zusatzkarte: Osteuropäische Staaten

Sie haben kurz vor dem Flüchtlingsgipfel den unten stehenden Artikel in den Medien entdeckt. Weisen Sie die Kritik, die im Artikel gegen Sie erhoben wird, in der Konferenz entschieden zurück.

## UNGARN VERLETZT MENSCHENRECHTE VON FLÜCHTLINGEN



Amnesty International kritisiert in einem aktuellen Bericht die Abschottungspolitik der ungarischen Regierungen gegenüber Schutzsuchenden und fordert die EU zu entschiedenem Handeln auf.

"Ungarn arbeitet unter Hochdruck an einer kompletten Abschottung des Landes gegenüber Flüchtlingen und Migranten. Wenn nach der Schließung der Grenze zu Serbien nun auch bald der Grenzzaun zu Kroatien steht, ist das Land vollends abgeriegelt. Asylsuchende haben dann praktisch keine Chance mehr auf Schutz in Ungarn", sagt Marie Lucas, Ungarn-Expertin von Amnesty International in Deutschland.

Für den Bau des Grenzzauns zu Ungarn gaben die Behörden 98 Millionen Euro aus, das Budget der für die Aufnahme von Asylsuchenden zuständigen Behörde lag dagegen 2015 lediglich bei 27,5 Millionen Euro.

Nach Gesetzesänderungen können Flüchtlinge nun zudem mit bis zu 3 Jahren Haft bestraft werden, wenn sie irregulär nach Ungarn einreisen. Eine solche Kriminalisierung ist durch die Genfer Flüchtlingskonvention verboten. Amnesty International hat außerdem zahlreiche Misshandlungen von Flüchtlingen dokumentiert. Viele Flüchtlinge berichteten Amnesty beispielsweise davon, geschlagen worden zu sein, als sie sich weigerten, ihre Fingerabdrücke abzugeben.

Quelle: <https://www.amnesty.de/2015/10/8/ungarn-verletzt-menschenrechte-von-fluechtlingen>

Rollenkarte: Osteuropäische Staaten

Ihr Pressesprecher Vladislav Wlodzimierz hat vor kurzem der europäischen Zeitung „Voice of Europe“ ein Interview gegeben. Nutzen Sie die Informationen aus dem Interview für die Konferenz.



Voice of Europe: Warum lehnen Sie es ab, in Ihren Ländern mehr Geflüchtete aufzunehmen?

Vladislav Wlodzimierz: Die Geflüchteten wollen doch gar nicht in die Slowakei, nach Ungarn oder in die anderen Länder Osteuropas. Wir wissen mittlerweile, dass die meisten Geflüchteten, die in unsere Länder kommen, eh auf der Weiterreise nach Deutschland, Frankreich oder Schweden sind. Nehmen wir an, wir wären bereit, 500 Geflüchtete aufzunehmen. Nach wenigen Wochen ziehen sie weiter nach Deutschland, Schweden oder Großbritannien. Die Geflüchteten wollen gar nicht bei uns bleiben. Außerdem ist unser Arbeitsmarkt nicht stark genug, um allen Geflüchteten Arbeit anbieten zu können.

Voice of Europa: Sie finden, wir sollten die EU-Grenzen besser schützen. Doch wie stellen Sie sich das vor?

Vladislav Wlodzimierz: Es ist jetzt ganz wichtig, unbedingt die EU-Außengrenzen zu schützen. Das sollte jetzt höchste Priorität haben. Wir sollten die Geflüchtete, wenn es möglich ist, direkt an der europäischen Außengrenze kontrollieren und registrieren. Dazu gehört es, dass wir von allen Einreisenden die Fingerabdrücke aufnehmen und die genaue Identität durch einen Ausweis feststellen. Um das hinzukriegen, müssen wir an den EU-Außengrenzen Auffangzentren errichten, zum Beispiel an der Grenze zur Türkei oder auf den griechischen Inseln. Dort stranden aktuell Tausende Geflüchtete. Dort bleiben die Geflüchteten während der Registrierung. Dort wird geprüft, ob sie Asylanspruch haben. Nur dann dürfen sie nach Europa einreisen. Außerdem müssen wir endlich besser gegen die Schlepper/-innen und Schleuser/-innen vorgehen: Frontex ist eine gute Möglichkeit, uns vor einem unbewältigbaren Andrang an Geflüchteten zu schützen.

Interviewer: Die Europäische Union ist in der Flüchtlingskrise zutiefst zerstritten. Mitgliedstaaten beschuldigen sich gegenseitig. Was sagt das über die EU aus?

Vladislav Wlodzimierz: Ich finde, die aktuelle Situation ist wirklich sehr traurig. Das Flüchtlingsproblem geht uns alle an. Aktuell zeigen die europäischen Mitgliedsstaaten über die Medien mit dem Finger aufeinander. Am meisten ärgert es mich aber, dass wir osteuropäischen Staaten erpresst werden, wenn wir nicht mehr Geflüchtete aufnehmen. Es ist nicht in Ordnung, dass wir durch die Androhung der Kürzung der europäischen Fördergelder für unsere Länder dazu bewegt werden sollen, mehr Geflüchtete aufzunehmen. Wir brauchen eine offene und ehrliche Diskussion in Europa. Wir sollten gemeinsam in Europa eine Lösung für dieses Problem finden – und zwar so schnell wie möglich.

## Rollenkarte: Vertretung der Europäischen Union

Sie nehmen an der Konferenz als Vertretung der Europäischen Union teil. Ihre Aufgabe ist es, die Interessen der Europäischen Union und der europäischen Staatsbürger/-innen zu vertreten. Die Flüchtlingskrise ist eines ihrer dringlichsten Themen und Sie werden von Medien und Bürgern immer wieder aufgefordert, endlich eine Lösung in der Flüchtlingskrise zu finden.

**Teilen Sie bitte die Einladungen zur Konferenz an alle Teilnehmenden aus! Vergessen Sie nicht, die Einladungen vorher persönlich zu unterschreiben!**

Amnesty International kritisiert die Europäische Union regelmäßig dafür, sich nicht genug für die Menschenrechte der Geflüchteten einzusetzen und nichts dagegen zu tun, dass immer wieder viele Geflüchtete im Mittelmeer ertrinken. Dem möchten Sie als Vertretung der Europäischen Union widersprechen und ein Zeichen setzen, dass Sie sich für Geflüchtete und deren Menschenrechte einsetzen. Der Flüchtlingsgipfel ist Ihre Chance dafür!

Die EU hat die Möglichkeit, Mitgliedstaaten zu warnen, in denen sie eine "eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung" der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte feststellt. Vor allem die Osteuropäischen Staaten werden kritisiert, Geflüchtete nicht fair zu behandeln. Sprechen Sie öffentlich eine Rüge an diese Staaten aus. Verlangen Sie mehr Engagement von den Osteuropäischen Staaten, da Sie sonst Fördergelder streichen. Die Osteuropäischen Staaten können entweder mehr Geflüchtete aufnehmen oder mehr Gelder an Frontex oder die Afrikanische Allianz zahlen, sodass diese Organisationen die Fluchtursachen bekämpfen.

Frontex ist eine eigenständige Grenzschutzbehörde der Europäischen Union. Frontex benötigt aktuell mehr Gelder für Waffen und Ausrüstung. Die EU kann mehr Mittel für Frontex zur Verfügung stellen, sodass Frontex bessere Arbeit beim Grenzschutz leisten kann. Hierzu müssen Sie jedoch mehrere Mitgliedsländer überzeugen. Durch die Arbeit von Frontex hat die EU keine Probleme mit illegalen Einwanderern/-innen.

Ihnen ist bewusst, dass die Mittelmeerstaaten durch die Flüchtlingskrise stark belastet sind. Versuchen Sie, zwischen den Mittelmeerstaaten, den Osteuropäischen Staaten und Deutschland zu vermitteln, sodass Europa einen Kompromiss in der Flüchtlingskrise finden kann. Die bisherigen Streitigkeiten in der EU in der Flüchtlingskrise werden international als Zeichen der politischen Schwäche gewertet.

Am Ende des Flüchtlingsgipfels ist es Ihre Aufgabe, einen EU-Vertrag über die zukünftige, gemeinsame Flüchtlingspolitik zu verfassen. Diesen Vertrag müssen alle Teilnehmenden der Konferenz zu unterschreiben.

Zusatzkarte: Vertretung der Europäischen Union



## Einladung zum Flüchtlingsgipfel der Europäischen Union

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchten wir Sie zu der Konferenz „Europäische Flüchtlingspolitik Neu gestalten“ einladen. Wir hoffen, mit dem Kommen einer Delegation Ihrerseits rechnen zu können. Auf dieser Konferenz gilt es, die momentane Flüchtlingspolitik den neuen Herausforderungen anzupassen.

Die Konferenz findet auf einen Ersuch der Mitgliedsstaaten Griechenland, Italien und Spanien statt. Diese wünschen sich eine stärkere Beteiligung aller europäischen Länder um die Problematik der illegalen Einwanderer zu lösen. Zusätzlich wurden Vertreter aus Afrika eingeladen, um aus ihrem Blickwinkel das Flüchtlingsproblem zu schildern. Die Grenzschutzbehörde der Europäischen Union Frontex und die Menschenrechtsorganisation Amnesty International werden als Beobachter anwesend sein.

Am Ende der Konferenz wollen wir mit Ihnen einen Vertrag abschließen, um das weitere Vorgehen in der Flüchtlingskrise vertraglich festzuhalten.

Hochachtungsvoll,

Ihre Vertretung der Europäischen Union